HERMANN MATERN, Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission

Gegen falschen *Objektivismus*

Alle Grundeinheiten der Partei nehmen gegenwärtig zu ihrer eigenen Arbeit kritisch und selbstkritisch Stellung. Die Partei überprüft ernst und gründlich, wie weit die Beschlüsse der ersten Parteikonferenz tatsächlich die Grundlage und den Inhalt der ganzen Parteiarbeit bilden. In den Berichten der Leitungen und den Diskussionen werden die Mängel, Schwächen und Fehler aufgedeckt, die uns in der Arbeit und im Kampf zur Durchsetzung der Beschlüsse hemmten. Die Aufgaben werden herausgearbeitet und festgelegt. Auf diesen Grundlagen werden dann die Leitungen gewählt. In diesem lebendigen Prozeß wird die ganze Partei wachsen, um ihre führende Rolle auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu verwirklichen.

Die Politik unserer Partei, unsere Generallinie, ist das Ergebnis der Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Bedingungen des Kampfes für die Tagesinteressen des Volkes und den historischen Fortschritt. Nur die Verwirklichung unserer Politik bringt die deutsche Einheit, sichert den Frieden und die Zukunft unseres Volkes. Kann es eine unserer Generallinie entgegengesetzte Politik gäben, die den gleichen Zielen dient? Natürlich nicht. Jede andere Politik wird diktiert von den Feinden des Volkes und ist seinen Lebensinteressen absolut entgegengesetzt.

Selbstverständlich versucht der amerikanische Imperialismus, seine Pläne und Absichten zu verschleiern und den Völkern einzureden, daß er nur die Wohlfahrt und das Glück der arbeitenden Menschen will. Wenn die Völker sich seiner Herrschaft und schrankenlosen Ausplünderung unterwerfen sollen, nennt er das Freiheit und Demokratie. Die Politik des anglo-amerikanischen Imperialismus ist friedens-, Völker- und menschheitsfeindlich und es kann nur den unversöhnlichen Kampf dagegen geben.

Ebenso unversöhnlich müssen wir den Organen dieser Politik die Maske vom Gesicht reißen, ganz gleich, in welchem Gewand sie auftreten. Die trotzkistischen und Schumacher-Agenten, die anglo-amerikanisch lizenzierten. Presseorgane und Radiosender, sie alle dienen, mit verschiedenen Methoden, den gleichen Herren.

Ist es notwendig, ihr Hetz- und Zersetzungsmaterial zu verbreiten und zu popularisieren, um ihre feindlichen Absichten zu erkennen? Natürlich nicht. Wir würden damit der Arbeit des Klassenfeindes dienen und seine verbrecherische Politik unterstützen. Können wir in der Bevölkerung aufklärend wirken, wenn wir uns gegen alle Lügen und Hetzmeldungen verteidigen? Ist es nicht viel richtiger, wenn wir ununterbrochen den Feind angreifen, seine volksfeindlichen Absichten brandmarken und ihm die Maske vom Gesicht reißen?

Wir brauchen zur Bestätigung der Richtigkeit unserer Politik nicht das Studium des gegnerischen Materials.

Wir müssen unsere Politik, die Beschlüsse unserer Partei gut kennen und im ganzen Umfang beherrschen, dann können wir die feindliche Politik erfolgreich bekämpfen. Aus allen unseren Veröffentlichungen können die Genossen eine Fülle von stichhaltigen Argumenten entnehmen, die in überzeugender Weise die Lügen des Gegners entlarven.

Der einfachste, richtigste und erfolgreichste Kampf ist die Popularisierung und Durchsetzung unserer Politik. In den Mitgliederversammlungen, auf unseren Parteischulen die Lehren und Erfahrungen der KPdSU (B) vermitteln, die Generallinie unserer Partei allen klar und verständlich machen, das Parteibewußtsein und die Überzeugung von der Richtigkeit unserer Politik festigen, das ist der Weg, der die Partei zum Kampf befähigt.

KARL BOHM

JiaiM Sdwäeka u* ***

*фуауф Ам OdUtvMefyfZw**!

in Diskussionen mit Funktionären in den unteren Einheiten unserer Partei stößt man immer wieder auf Einstel- der Frage der Oder-Neiße-Grenze, die falsch und sind. Gewiß ist die Oder-Neiße-Grenze notwendig und ri man Äeißt6S etWa' abeT mit dieser Feststellung muß 1ELSem' S°nSt machen wir uns unpopulär! Oder: Natürlich ist die Oder-Neiße-Grenze die Friedensgrenze — aber mach das mal den Leuten klar! Oder gar: Die Oder-Neiße-Grenze ist zwar endgültig, aber den Umsiedlern sollte au raП nicht alle Hoffnungen nehmen, sondern sagen, daß bei entsprechend demokratischer, friedlicher Entwicklung später die Frage der Grenze im Guten neu gestellt werden könne.

Was besagen solche Einstellungen? Sie besagen: Wir, die Funktionäre (oder auch Parteimitglieder) wissen natürlich Bescheid; wir wissen und erkennen an, daß die Grenzziehung im Osten richtig und berechtigt ist. Aber das „kann" man nicht so sagen; man „muß" vielmehr „auf die Mentalität der Umsiedler Rücksicht nehmen". Man sollte das Thema möglichst vermeiden. Und so weiter.

Solche Einstellungen setzen nicht mehr und nicht weniger voraus, als daß es zweierlei Standpunkte in unserer Politik geben kann: einen nach innen und einen nach außen. Oder sie setzen voraus, daß es in unserer Politik „heikle Fragen" geben kann, das heißt Punkte, die man Nichtmarxisten gar nicht oder nur sehr schwer verständlich machen kann; Punkte, die man besser etwas zurückstellt, weil sie jetzt unpopulär machen.

Diese Voraussetzungen sind jedoch falsch.

Es gibt in unserer Partei keine zwei verschiedenen Standpunkte in einer Frage: einen für den innerparteilichen Gebrauch, den anderen für die Arbeit unter den Massen. Die Genossen, die in der Frage der Oder-Neiße-Grenze den Massen gegenüber einen anderen Standpunkt vertreten wollen als er der Linie der Partei in dieser Frage entspricht, verwechseln — soweit es sich nicht um bewußte Sektierer handelt — den Inhalt und die Form unserer Agitation. Die Form unserer Argumentation in einer Frage kann verschieden sein; sie richtet sich soweit wie möglich nach dem politischen Niveau des Personenkreises, für den sie bestimmt ist: in einer Versammlung von unpolitischen Menschen zum Beispiel wird und muß man in einer anderen Form argumentieren als etwa in einer Diskussion unter Parteischülern. Der Inhalt unserer Argumentation in einer Frage aber kennt keine Verschiedenheiten; er wird bestimmt durch die Linie unserer Partei, die für uns alle verbindlich und eindeutig festgelegt ist.

Es gibt in unserer Partei keine „heiklen Fragen", die man den „ungeschulten Massen" nicht begreiflich machen „kann" und denen man jetzt „besser" aus dem Wege geht. Die Genossen, die in der Frage der Oder-Neiße-Grenze eine „heikle Frage" sehen, deren klare Herausstellung uns „unpopulär" macht, verwechseln — soweit es sich nicht um bewußte Opportunisten handelt — ihre eigene ideologisch schwache Stellung mit der Stellung der Partei in dieser Frage. Die Politik der Partei in der Frage der Ostgrenze ist richtig und wohlbegrundet, und sie ver-